

Bezirksamt Mitte von Berlin
Bezirksbürgermeisterin
Amt für Weiterbildung und Kultur

18.08.2026
32200

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: 2512/VI

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

**Benennung der Straßen auf dem Gelände des Gesundheits- und Sozialzentrums
Moabit (ehemaliges Krankenhaus Moabit) nach vertriebenen jüdischen Ärzt*innen**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.05.2026 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2512/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Senat und der BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) dafür einzusetzen, dass die unbenannten Straßen und Gebäude (soweit möglich) auf dem Gelände des Gesundheits- und Sozialzentrums Moabit (GSZM) (ehemaliges Moabiter Krankenhaus) nach vertriebenen, inhaftierten und ermordeten jüdischen, politisch und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten benannt werden.

Das Bezirksamt hat am 25.08.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt unterstützt das mit dem Beschluss verbundene Anliegen, an die vertriebenen, inhaftierten und ermordeten jüdischen sowie politisch und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten des ehemaligen Krankenhauses Moabit nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten angemessen zu erinnern.

Zur Prüfung einer Umsetzung ist das Bezirksamt mit der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH als Verwalterin des im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin befindlichen Grundstücks in Kontakt getreten.

Darüber hinaus wurden das Straßen- und Grünflächenamt sowie die für die städtebauliche Entwicklung des Standorts zuständigen Stellen einbezogen.

Das Straßen- und Grünflächenamt hat darauf hingewiesen, dass es sich bei den auf dem Gelände vorhandenen Wegen nicht um öffentlich gewidmetes Straßenland handelt. Eine Benennung von Privatstraßen kann gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 Berliner Straßengesetz auf Antrag und Kosten des Eigentümers erfolgen, soweit dies zur Sicherstellung ausreichender Orientierungsmöglichkeiten erforderlich ist. Ein entsprechender Antrag liegt derzeit nicht vor.

Die BIM hat das Anliegen geprüft und einer weiteren Befassung hiermit grundsätzlich nicht widersprochen. Sie weist jedoch auf verschiedene zu berücksichtigende Gesichtspunkte hin. Hierzu gehören insbesondere denkmalfachliche Anforderungen an das denkmalgeschützte Ensemble und dessen Sichtachsen sowie das erst kürzlich erneuerte Wegeleitsystem. Die Gebäude des Geländes verfügen bereits seit Jahrzehnten über etablierte Buchstabenbezeichnungen, die sowohl im Wegeleitsystem und in postalischen Anschriften als auch in historischen Zusammenhängen verwendet werden.

Eine Änderung der Straßen- oder Gebäudebezeichnungen könnte darüber hinaus Auswirkungen auf die Anschriften der zahlreichen auf dem Gelände ansässigen Einrichtungen haben und wäre mit entsprechenden organisatorischen und finanziellen Folgewirkungen verbunden. Die Frage der Finanzierung einer möglichen Umsetzung wäre ebenfalls noch zu klären.

Parallel hierzu wird derzeit im Auftrag des Bezirksamtes ein städtebaulicher Rahmenplan für das Gelände des Gesundheits- und Sozialzentrums Moabit erarbeitet. Das Anliegen der Drucksache wurde an die mit dem Verfahren befassten Stellen weitergegeben und soll im Rahmen der weiteren Überlegungen zur Entwicklung und Orientierung auf dem Gelände besprochen werden.

An dieser Stelle soll jedoch darauf hingewiesen sein, dass die Zahl der für eine Benennung grundsätzlich geeigneten Wege auf dem Gelände begrenzt ist und eine personenbezogene Benennung daher nur einen kleinen Teil der verfolgten Beschäftigten sichtbar machen könnte.

Unabhängig davon hält das Bezirksamt das erinnerungskulturelle Anliegen des Beschlusses für wichtig. Am Eingang zum Gelände (Turmstraße 21) befinden sich bereits drei Gedenktafeln, die an das Krankenhaus Moabit sowie 24 dort tätige und verfolgte jüdische Ärzt*innen und einen im Widerstand tätigen und verfolgten Arzt erinnern:

<https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/gedenktafeln/detail/krankenhaus-moabit/544>

<https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/gedenktafeln/detail/georg-groscurth/527>

Ferner wird die von Dr. Christian Pross erarbeitete Ausstellung „Das Krankenhaus Moabit“, derzeit im Rathaus Tiergarten gezeigt. Die Ausstellung setzt sich mit der Geschichte des Krankenhauses und den dort während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen auseinander.

Darüber hinaus liegen Forschungsergebnisse zu menschenverachtenden medizinischen Behandlungen, den davon Betroffenen sowie den verantwortlichen Akteuren vor.

Das Bezirksamt schlägt daher vor, neben der weiteren Prüfung möglicher Benennungen insbesondere zu untersuchen, wie diese Erkenntnisse künftig unmittelbar auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses Moabit dauerhaft und öffentlich zugänglich vermittelt werden können. Denkbar ist beispielsweise eine Informationstafel. Dadurch könnten sowohl die verfolgten Beschäftigten gewürdigt als auch die am Ort begangenen medizinischen Verbrechen und deren Opfer sichtbar gemacht werden.

A) Rechtsgrundlage:

§ 36 i.V.m. § 13 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

Berlin, den . .2026

Bezirksbürgermeisterin Remlinger